

# Wengi BLICK

SP Stadt Solothurn [www.spstadtso.ch](http://www.spstadtso.ch)

## Einladung zur Generalversammlung

vom Mittwoch, 25. April 2007

19.30 Uhr

Restaurant Volkshaus

1. Protokoll vom 26. Februar 2007
2. Mutationen
3. Jahresbericht des Präsidenten
4. Vorstandswahlen
5. Rechnung 2006
6. Budget 2007
7. Festsetzung Mitgliederbeiträge und Mandatssteuern
8. Bericht aus dem Gemeinderat  
- Jahresbericht Fraktionschef; Tagesschulen; Euro 08;  
Integrationskonzept an städtischen Schulen
9. Bericht aus dem Kantonsrat
10. Verschiedenes  
PAUSE
11. 5. IV Revision

### Referenten

- Stefan Ritler, Leiter IV-Stelle Solothurn
- Urs Kaiser, Schweizerischer Blinden- und Sehbehindertenverband

Liebes Parteimitglied

Die Rechnung 2006 liegt vor - trotz Steuersenkung mit einem hervorragenden Resultat. Nun ist es Zeit, nicht "nur" über Finanzen, sondern auch über Inhalte zu reden, denn in nächster Zeit wird es ernst bei der Einführung von Tagesschulen.

Wir werden uns im Gemeinderat dafür einsetzen, dass die Stadt gute, pädagogisch sinnvolle, gut durchmischte und kostenlose Tagesschulen erhält, die diesen Namen auch verdienen - alles andere betrachte ich als Feigenblatt!

Liebi Grüess  
Adrian Würigler, Parteipräsident

## Geburtstage bis und mit April 2007

60 Jahre

Hanspeter Mathys

50 Jahre

Evelyn Gmurczyk

40 Jahre

Matthias Anderegg

Andreas Hochuli

Charles Jakober

Stefan Stauffenegger

Daniel Wüthrich

Sandra Wyss

Wir gratulieren allen recht  
herzlich!



## Agenda

**Mittwoch, 25. April**  
Generalversammlung  
SP Stadt  
19.30 Uhr  
Restaurant Volkshaus

**Donnerstag, 26. April**  
Nominationsparteitag SP  
Kanton SR/NR, 19.30 Uhr  
Turbensaal Bellach

**Samstag, 5. Mai**  
SP Stamm  
11.00 Uhr  
Restaurant Volkshaus

**Montag, 4. Juni**  
Themenabend  
19.30 Uhr  
Restaurant Volkshaus

### Das Zitat

„Willst du es im  
Leben leicht haben,  
so bleibe immer bei  
der Herde.“

Friedrich Wilhelm Nietzsche,  
(1844 - 1900), deutscher  
Philosoph, Essayist, Lyriker und  
Schriftsteller

Stadt Solothurn

# Kernbotschaften der 5 IVG Revision

Stefan Ritler, Leiter IV-Stelle Solothurn

Die 5. IVG-Revision legt die Grundlage zur Sanierung

- Die 5. IV-Revision ist der wichtigste Teil eines ausgewogenen Sanierungspaketes, bestehend aus Systemverbesserung und Zusatzfinanzierung

- Dies geschieht durch neue griffige Instrumente für die berufliche Eingliederung, indem die Versicherten zur Mitwirkung verpflichtet und die Arbeitgebenden einbezogen werden;

---

**Behinderte sollen sozial gestärkt, das heisst beruflich integriert und nicht in die Rente abgeschoben werden.**

---

durch die Korrektur von Systemschwächen, welche Missbräuchen Vorschub leisten sowie durch eine Reduktion des strukturell bedingten Defizits.

Die 5. IVG-Revision stärkt mit einer jährlichen Investition von rund 500 Mio. CHF die berufliche und soziale Integration der Behinderten.

- Behinderte sollen sozial gestärkt, das heisst beruflich integriert und nicht in die Rente abgeschoben werden.

Dies gilt insbesondere für die wachsende Gruppe junger psychisch Kranker.

- Berufliche Integration heisst soziale Teilhabe an der Gesellschaft und bedeutet mehr Lebensqualität.

Die 5. IVG-Revision will Jobs erhalten

- Eingliederung in Gesellschaft und Arbeitswelt statt Desintegration in die Verrentung spart nicht nur Kosten bei der IV, sondern erhöht auch Lebensqualität der Versicherten.

- Im Zentrum steht der Arbeitsplatzertand bei Betroffenen, in zweiter Linie sollen Betroffene mit gezielten Massnahmen wieder in die Arbeitswelt integriert werden.

---

**Ohne Sanierung der IV droht der AHV die Zahlungsunfähigkeit im Jahr 2016.**

---

Die 5. IVG-Revision bremst die Aushöhlung der AHV

- Die jährliche zusätzliche Verschuldung der IV um zurzeit 1,5 Mia. Franken höhlt das AHV-Vermögen aus.

- Ohne Sanierung der IV droht der AHV die Zahlungsunfähigkeit im Jahr 2016. - Die 5. IV-Revision ist ein unverzichtbarer Schritt zur Sanierung der IV-Finanzien und damit zur Sicherstellung der AHV.

# Nein zu einem massiven Sozialabbau zulasten der Behinderten

Urs Kaiser, Schweiz. Blinden- und Sehbehindertenverband SBV

- Die Streichung der laufenden Zusatzrenten für Ehegatten führt zu einer 30%igen Reduktion des Renteneinkommens für Ehepaare. Betroffen wären über 80'000 Behinderte und ihre Familien.

- Nein zur Streichung des Rentenzuschlags für junge Behinderte ("Karrierezuschlag"): Mit diesem Abbau sollen Renten für Personen, die vor dem 45. Altersjahr behindert werden, künftig gekürzt werden. Dieser Abbau trifft diese Menschen und ihre Familien mit jährlich rund 102 Mio. Franken.

- Nein zur Kürzung des Kinderzuschlags auf den Taggeldern: Das Kindertaggeld soll um 2/3 von Fr. 18.- auf Fr. 6.- pro Tag gekürzt werden. Dieser Abbau trifft Erziehungsberechtigte mit jährlich rund 28 Mio. Franken.

- Nein zu einer willkürlichen Rentenverweigerung

- Erklärtes Ziel der 5. IV-Revision ist die Reduktion der Neurenten um 30%. Auch ohne dass das sogenannte Integrations-System der 5. IV-Revision aufgebaut und finanziert worden wäre, das Menschen mit einer Behinderung in den Arbeitsmarkt integrieren sollte, und ohne dass es weniger Kranke gegeben hat, sind in den Jahren 2004 bis 2006 durch eine willkürliche Verschärfung der Renten-Zusprache fast 30% Reduktion an Neurenten (berechnet gegenüber 2003) erzwungen worden. Nein zur fehlenden Verpflichtung der Arbeitgeber

- Die 5. IV-Revision bringt keinerlei Verpflichtung der Wirtschaft und Verwaltung, Arbeitsplätze für leistungsbeeinträchtigte Personen zu erhalten oder zu schaffen. Die Einführung sinnvoller Anreize fehlt im revidierten Gesetz.

Die Arbeitgeber sind durch Massnahmen, die einseitig auf die Gewinnoptimierung ausgerichtet sind, wesentlich für die Zunahme von IV-Neurenten verantwortlich.

- Integration von Menschen mit einer Behinderung in den Arbeits-

---

**Es darf nicht sein,  
dass alleine die  
Behinderten durch  
Abbaumassnahmen  
die Versicherung  
sanieren sollen.**

---

markt kann nur dann funktionieren, wenn die Wirtschaft und die Verwaltung in die Pflicht und die Verantwortung genommen werden.

- Nein zu einer Kostenverlagerung zu den Kantonen und den Gemeinden

- Bereits heute leben rund 30% der Rentenbezügerinnen und -bezüger nur dank Ergänzungsleistungen nicht unter der Armutsgrenze. Die

Reduktion von Renteneinkommen führt mit der 5. IV-Revision zu einem weiter steigenden Bedarf an Ergänzungsleistungen. Die Kantone und die Gemeinden tragen diese zusätzlichen Kosten!

- Nein zu einer Revision ohne Zusatzfinanzierung der IV

- Die seit Jahren fällige Sanierung der IV-Finzen wurde von der 5. IV-Revision getrennt und auf die lange Bank geschoben.

- Die nun erst unter Druck der erfolgreichen Referendums-Sammlung wieder ins Gespräch gekommene Mehrwertsteuer-Erhöhung (eine Beitragserhöhung an die IV wird nicht einmal vorgeschlagen) müsste in jedem Fall das Volk abstimmen und dies wird erst nach der Volksabstimmung über das Referendum zur IV-Revision geschehen.

- Es gibt keinerlei Sicherheit, dass die Schuldensanierung und eine Beitragserhöhung für die IV zur Sicherung eines ausgeglichenen Versicherungs-Haushaltes realisiert wird.

- Es darf nicht sein, dass alleine die Behinderten durch Abbaumassnahmen die Versicherung sanieren sollen.

Darum sagen wir Nein zur 5. IV-Revision

# Die letzte Parteiversammlung vom 26. Februar 2007

## 1. Intro

Bea Heim wird von Präsi Adi begrüsst. Zudem umschreibt Adrian die Gründe seines Rücktritts. (Familie, Kaluga Kontakt, Tätigkeit in der GRK.) An dieser Stelle dankt Adrian allen Parteimitgliedern herzlich für die jahrelange Unterstützung seiner Arbeit.

Es wurde eine Präsidenten-Findungskommission eingesetzt. Diese besteht aus Barbara, Evelyn und Markus.

Bisher erhielt die Kommission nur abschlägige Antworten.

**2. Protokoll der Parteiversammlung vom 10. Januar 2007** wird genehmigt und verdankt.

## 3. Mutationen

Keine

## 4. Kommissionen

Es gibt verschiedenste Vakanzen im Bereich Kommissionen. Besetzt können folgende werden:

a) Baukommission: Res Jenni stellt sich als Mitglied zur Verfügung. Er stellt sich kurz vor. Er war vormals in Obergerlafingen politisch aktiv. Er wird einstimmig nominiert

b) FIKO: Peter Fäh wird als Mitglied und Brigitte Stadelmann als Ersatzmitglied nominiert.

c) Beschwerdekommision: Jörg Andres stellt sich als Mitglied zur Verfügung. Er wird einstimmig nominiert.

## 5. Bericht Gemeinderat

Franziska Roth berichtet über die Schulenplanung:

Man kann der Schulenplanung ein Lob verbunden mit einer kleinen Kritik aussprechen. Die Schulenplanung war einerseits detailliert sowie informativ, andererseits wurden die Kindergartenspensen zu spät aufgestockt. Dies

wurde seitens der Schuldirektion vernachlässigt.

Markus Schneider berichtet vom Geschäft Weissenstein Plus

Die SP wollte Traktandum streichen, da die Dokumentation des Gemeinderates ungenügend war. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Schlussendlich stimmte die SP Fraktion grossmehrheitlich der Beteiligung von Fr. 500'000.- an der Aufstockung des Aktienkapitals der Seilbahn Weissenstein AG um insgesamt Fr. 10'000'000.- zu. Franziska Roth ergänzt die Haltung der Fraktionsminderheit. Es liegt nicht in deren Interesse, das aus dem Naherholungsgebiet Weissenstein eine Sport und Event-Anlage wird. Der Berg soll weiterhin als reines Naturerholungsgebiet dienen.

Adrian Würzler ergänzt noch:

Der Schaffung eines Seniorenrates als nicht ständige Kommission wurde zugestimmt.

## 6. Bericht aus dem Kantonsrat

Markus Schneider berichtet über das Sozialgesetz  
Hauptinhalte.

-die Schaffung von Sozialregionen  
-Ansprechstellen für Alters- und Jugendfragen (leider nur als kann Bestimmung, SP wollte dies fest verankern)

-Kinderbetreuung wollte SP noch einbringen. Sie machte dazu einen Tagesschulen-Vorstoss im Kanton. Die FDP wollte die finanziellen Folgen ihrer eigenen Initiative (Text war in etwa äquivalent mit der geplanten FDP Initiative) nicht mehr kennen. Der Vorstoss wurde daher zurückgezogen um Sozialgesetz nicht zu gefährden.

An der nächsten Session soll der

neue Oberrichter gewählt werden. Daniel Kiefer und Beat Stöckli wurden seitens der kantonsrätlichen Justizkommission zur Wahl vorgeschlagen.

## 7. Infos Spargesetz

Markus Schneider informiert. Es gibt 2 Gute Dinge am Spargesetz:

a) Es ist ein sehr kurzes Gesetz

b) Es ist befristet

Das Gesetz wurde 1995 zu "struben" finanziellen Zeiten erlassen.

Das Gesetz beinhaltet die Festbeschreibung eines 2/3 Quorums für nicht gebundene Aufgaben. Ziel:

a) Vermeidung Übermässiger Neuverschuldung

b) Eine hohe Selbstfinanzierung

c) Ein ausgeglichenes Budget

Neu soll wieder ein Quorum zwecks Vermeidung übermässiger Neuverschuldung erlassen werden. Neu handelt es sich um ein 51er Quorum. Die SP wehrt dagegen

## 8. Bea Heim zur nationalen Politik mit Schwerpunkt Einheitskasse

Bea Heim führt in einem einstündigen Referat Schwerpunkte zu der nationaler SP-Politik aus.

Inhalte sind:

-Politische Laufbahn im KR (13 Jahre, u.a. als Mitglied der SOGEKO)

-Alle sollen sich für ein vernünftige Energiepolitik stark machen

-JA zur sozialen Einheitskasse, JA zum Systemwechsel

2007-03-04/ma